

Können türkische Unternehmer in Deutschland ihren Geschäften frei nachgehen? Können sie frei von Vorurteilen und unter den gleichen Umständen wie ihre deutschen Kollegen in jeglichen Bereich investieren?

Herr Karakaya:

Man kann sagen, dass Türkische Unternehmen in Deutschland in ihren Geschäften von den aktuellen politischen Spannungen kaum beeinflusst werden. Behauptungen bestimmter Kreise über desolante Wirtschaftssituationen für türkische Firmen sollten deshalb nicht allzu ernst genommen werden. Es gibt Unternehmen, die im bilateralen Bereich agieren und von den politischen Spannungen betroffen sind, insbesondere im Tourismussektor. Die Gründe dafür sind die negativen Äußerungen politischer Akteure in der Öffentlichkeit oder bestimmte Reisehinweise. Die wahren Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen der traditionsreichen Konzerne in beiden Ländern gehen unvermindert weiter oder werden gar gesteigert wie aktuell im Fall von Daimler oder Bosch. Das ist weitaus wichtiger als temporäre Engpässe bestimmter Bereiche, die politisch bewirkt werden.

Werden die Wahlen 2017 eine neue Regierung hervorbringen? Erwarten Sie eine Alternative zur Kooperation zwischen SPD, CDU und CSU?

Herr Karakaya:

Ich möchte zu allererst allen Parteien, die für Frieden und Demokratie eintreten, viel Erfolg wünschen. Ich finde es angebracht, mich von jeglichen politischen Spekulationen und Prognosen zu distanzieren. Dennoch sehe ich die CDU zurzeit als die stärkste Kraft. Außerdem glaube ich, dass die SPD mit ihrem Kandidaten Martin Schulz einen Höhenflug erlebt hat, welcher nach und nach abzuebben scheint. Nichtsdestotrotz ist es schwierig eine Regierungsbildung vorherzusagen.

Investieren türkische Unternehmen in Schul- und Berufsbildung in Deutschland? Wenn ja, in welchen Bereichen? Wie sieht die Erfolgsquote aus? Die Schul- und Berufsbildung stellt insbesondere für junge Migranten eine Herausforderung dar. Welche Schritte müssen unternommen werden, um sie für das Berufsleben zu gewinnen und eine bessere Eingliederung in die Gesellschaft zu erreichen?

Herr Karakaya:

Diese offene Wunde ist sehr zu beklagen. Ob im Bereich der Berufs-, Schul- oder Universitätsbildung. Trotz steigendem Erfolg, ist unsere Jugend weit vom landesweiten Durchschnitt entfernt. Diese Entwicklung hat verschiedene Gründe und Faktoren. Wir benötigen eine weitreichende Reform, welche bürokratische, politische und soziale Ansätze beinhaltet. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel birgt die Ausbildung von Migranten ein weitreichendes Potenzial für unsere Volkswirtschaft, die uns wegen der schlechten Ausbildungssituation verloren geht. Wir als Netzwerk Europäisch-Türkischer Unternehmen (NETU) führen diesbezüglich zahlreiche Kooperationen mit verschiedenen Ministerien und Organisationen, um die Ausbildungssituation der Firmen und Jugendlichen zu verbessern. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Problem auf bundesweiter Basis aufgegriffen werden muss.

Existiert eine Organisation, die türkischstämmige Unternehmen unter einem Dach vernetzt? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum besteht kein Bedarf nach einer solchen Organisation?

Herr Karakaya:

Es ist bekannt, dass die hiesigen türkischen Vereine und Organisationen die gesellschaftlichen Spaltungen ihres Herkunftslandes widerspiegeln. Politische, religiöse oder kulturelle Gruppierungen verhindern seit Jahrzenten, dass wir bei wichtigen gemeinsamen Themen eine Basis errichten können. So fehlt es in vielen Bereichen an flächendeckenden professionellen Lösungen. Trotz erfolgreicher Arbeit einzelner Vereine, gibt es auch keine kollektive institutionelle Ebene der Wirtschaftsverbände. Der Aufbau eines entsprechenden Netzwerks ist meines Erachtens von großer Bedeutung. Unsere europäischen Unternehmen müssen in einer europäischen Organisation vernetzt werden, die sich fernab äußerer Einflüsse auf die hiesigen Umstände konzentriert. Denn wir kennen die Gegebenheiten und Zustände der Länder, in denen wir leben, am besten. Entsprechend ist es unser Ziel, als sozioökonomischer Akteur, über politische und religiöse Grenzen hinweg ein Netzwerk türkischstämmiger Unternehmen zu etablieren. Alle Vereine sollten unter Wahrung ihrer eigenen Identität ein Koordinationsnetzwerk gründen und in wirtschaftspolitischen Belangen zusammenarbeiten, Datenbanken erstellen und mithilfe gegenseitiger Unterstützung politisch und gesellschaftlich unersetzlich werden. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, dass diese Ziele mithilfe professioneller Experten erreicht werden müssen. Dabei sollte beachtet werden, dass sich die Vereine auf ihre eigenen Arbeitsbereiche konzentrieren, um der Unprofessionalität entgegenzuwirken.

Probleme in Berlin, die hervorgehoben werden, bestehen in Bildung, Arbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit und Islamophobie. Welches dieser Probleme bereitet ihnen als NETU die größten Schwierigkeiten?

Herr Karakaya:

Als Wirtschaftsverein zieht uns das Problem der Arbeitslosigkeit selbstverständlich ebenfalls in Mitleidenschaft. Gleichzeitig herrscht ein Mangel an qualifiziertem Personal vor. Wir sind auch von der Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie betroffen. Dies ist unumgänglich, da wir türkeistämmige Unternehmen in Europa repräsentieren. Wir versuchen, möglichst vom täglichen politischen Geschehen fernzubleiben. Doch in gesamtgesellschaftlichen Belangen, die besonders das Wirtschaftsleben betreffen, zögern wir nicht, unsere Stellungnahmen und Richtigstellungen zu publizieren.

Sowohl die Bundespräsidenten a.D Wulff und Gauck, als auch die Bundeskanzlerin Merkel bezeichnen den Islam als Teil Deutschlands. Finden Sie auch, dass der Islam ein Teil Deutschlands ist?

Herr Karakaya:

Meiner Meinung nach bedarf dieses Thema keiner Diskussion. Wenn in Deutschland über vier Millionen Muslime leben, dann ist der Islam selbstverständlich ein Teil Deutschlands. Der wahre Streit besteht nach meiner Beobachtung nicht in der Frage, ob der Islam ein Teil Deutschlands ist, sondern ob er ein Teil der deutschen und europäischen Identität ist. Wie sie bestimmt wissen, ist der Islam in Deutschland noch immer nicht als Religion anerkannt. Wie können wir uns das erklären?

Zeitungen in Deutschland schreiben, dass Vorbehalte gegen den Islam und die Muslime existieren. Stimmen Sie dieser These zu? Türken und Araber bilden die Mehrheit der in Berlin lebenden Muslime. Was unternehmen Sie als NETU, um Vorurteilen gegenüber Muslimen entgegenzutreten und den Menschen die Augen zu öffnen? Kennen die Berliner den Islam und die Muslime zureichend?

Herr Karakaya:

Dass es Vorbehalte gegenüber Muslimen gibt, ist nicht bloß eine Feststellung der Medien, sondern eine politische, soziale und wissenschaftliche Tatsache. Um diesen Vorurteilen entgegenzuwirken, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Initiative. Falls sowohl die Muslime als Minderheit, als auch die deutsche Gesellschaft mit gegenseitigem Respekt und Aufrichtigkeit aufeinander zugehen, scheint eine Lösung nicht allzu schwierig. Doch Profiteure dieser konfliktbeladenen Situation auf beiden Seiten verhindern eine derartige Einigung. Ich finde, dass besonders religiöse Institutionen eine wichtige Verantwortung tragen. Die Zielrichtung dieser Organisationen und ihrer Aktivitäten sollten die gesamte Bandbreite der Bevölkerung erfassen. Ihre Arbeit sollte offen und transparent und in Kooperation mit staatlichen Stellen erfolgen. Wir als NETU bekräftigen bei Zusammenkünften mit deutschen Kollegen und Freunden diesen Wunsch jedes Mal aufs Neue.

Muslime leben seit ungefähr 50 Jahren in Deutschland. Haben Muslime jemals Terrorakte in Berlin oder Deutschland begangen? Oder aus bloßem Hass auf die Christen eine Kirche angezündet? Glauben Sie, dass die Muslime verdient haben, als Terroristen bezeichnet zu werden?

Herr Karakaya:

Zuallererst möchte ich meiner Überzeugung, dass Terror mit keiner Religion in Verbindung gebracht werden darf, Nachdruck verleihen. Ich verurteile zutiefst, dass der Islam als Religion des Friedens durch Wortspiele mit Terror in Verbindung gebracht wird. Mich verwundert ebenfalls, dass die islamischen Organisationen diese Haarspalterei kommentarlos hinnehmen. Terror ist eine politisch und sozial bedingte Unmenschlichkeit. Sie kennt keine Religion, Sprache oder Nationalität und kann jeden gleichermaßen treffen. Wir als Menschheit müssen in Einheit diesem Gräuelpolitik entgegenzutreten. Jede Religion verurteilt das Töten aufs Schärfste. Für mich ist es von vorsätzlicher Boshaftigkeit, eine Religion, welche die Rettung eines Menschenlebens mit der Rettung der gesamten Menschheit gleichsetzt, mit Terror gleichzusetzen.

Deutschland und die Türkei erleben zurzeit schwierige Zeiten. Welche Gründe vermuten Sie hinter der Verschlechterung der Beziehungen? Ist es Islamfeindlichkeit oder stimmt der Vorwurf, die Türkei entferne sich von der Demokratie?

Herr Karakaya:

Meiner Meinung nach ist keines der genannten Punkte als Grund ausreichend. Die politische Spannung wird auf beiden Seiten erzeugt und aufrechterhalten. Wir verwehren uns zwischen Vater- und Mutterland urteilen zu müssen und als Bestandteil dieses Streits instrumentalisiert zu werden. Ich finde, dass die aktuellen Spannungen mithilfe von Respekt und Aufrichtigkeit, welche von politischen Akteuren an den Tag gelegt werden sollten, gelöst werden kann. Außerdem glaube ich, dass die fest verwurzelte Freundschaft zwischen beiden Ländern stärker und bestimmender ist, als die aktuellen Spannungen. Verweise auf eventuelle Verschärfungen der Beziehungen halte ich deshalb für unangebracht. Die Einvernehmung der türkischen Zuwanderergruppe für eigene politische Interessen ist eher heuchlerisch, da sie in den wichtigen Themen bisher gefehlt hat.

Was möchten Sie den Wählern vor den Wahlen am 24. September abschließend mitteilen?

Herr Karakaya:

Ich wünsche mir, dass diese Wahlen Frieden, Wohlstand und Besonnenheit für unser Land bedeuten. Gleichzeitig hoffe ich, dass sich die Stimme der Gesellschaft gegen antidemokratische Parteien, Rassismus, Islamophobie und Ausländerfeindlichkeit erheben wird und somit ein starkes Signal für ein friedliches Miteinander in einem freien Deutschland gesendet wird.